

## **HINWEISE ZUR VERFAHRENSART**

### **1. Wahl der Verfahrensart, § 3 VOB/A**

Die Auftraggeberin schreibt die Leistungen im Rahmen einer Öffentlichen Ausschreibung gemäß § 3 Ziffer 1 VOB/A in der zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieser Ausschreibung geltenden Fassung, aus.

### **2. Öffentliche Ausschreibung**

#### **2.1 Verfahrensbeschreibung**

Bei einer Öffentlichen Ausschreibung fordert die Auftraggeberin eine unbeschränkte Anzahl von Unternehmen öffentlich zur Abgabe von Angeboten auf. Jedes interessierte Unternehmen kann ein Angebot abgeben.

Die Auftraggeberin darf von den Bietern nur Aufklärung über ihre Eignung, das Vorliegen von Ausschlussgründen oder über das Angebot verlangen. Verhandlungen, insbesondere über Änderungen der Angebote oder Preise, sind unzulässig.

#### **2.2 Ablauf des Verfahrens (vereinfachte Darstellung)**

##### **2.2.1 Angebotsphase**

Interessierte Unternehmen können innerhalb der Angebotsfrist ein Angebot auf den abgefragten Leistungsgegenstand abgeben. Sämtliche in den Bewerbungsbedingungen getroffenen Regelungen sind bei Abgabe des Angebots zu beachten.

Unklarheiten zu den Vergabeunterlagen sind innerhalb der Angebotsphase zu klären.

##### **2.2.2 Wertungsphase**

Die Auftraggeberin darf vom Inhalt der Angebote erst nach Ablauf der Angebotsfrist Kenntnis nehmen. Die Öffnung der Angebote wird von mindestens zwei Vertretern des Auftraggebers gemeinsam an einem Termin unverzüglich nach Ablauf der Angebotsfrist durchgeführt. Bieter sind nicht zugelassen.

Die Angebote sind auf Vollständigkeit und fachliche Richtigkeit sowie auf rechnerische Richtigkeit zu prüfen. In der UVgO näher bestimmte Unterlagen können von der Auftraggeberin bei Bedarf nachgefordert werden.

##### **2.2.3 Postprozessuale Phase**

Das für den Zuschlag vorgesehene Unternehmen wird innerhalb der Bindefrist der Angebote über den beabsichtigten Zuschlag informiert.

Die Auftraggeberin unterrichtet zudem jeden Bieter unverzüglich über den Abschluss einer Rahmenvereinbarung oder die erfolgte Zuschlagserteilung. Gleiches gilt hinsichtlich der Aufhebung oder erneuten Einleitung eines Vergabeverfahrens einschließlich der Gründe dafür.